

„This is Hungary and we have to live here“

Ungarns Hauptstadt im Sommer nach den Rechts-Wahlen

von Claudia Krieg

Die ungarische Bevölkerung hat im Frühjahr zu zwei Drittel völkisch-rechtsextrem gewählt (Jungle World 10/10, 15/10, 16/10). Über 80 Prozent der Sitze im Budapester Parlament entfielen auf die FIDESZ, die rechtspopulistische Partei Viktor Orbáns, und die Jobbik, Nazi-Partei unter ihrem Gründer Gábor Vona. Das ideologische Programm: gegen Juden, gegen Kommunisten, gegen Roma, gegen Liberale, gegen „Fremde“, gegen „Landesverräter“, gegen alles außer gegen das „Magyarentum“, das ein „Groß-Ungarn“ braucht, um sich zu befreien vom „jüdischen Bolschewismus“ der „Multis“. Die Árpádstreifen-Flagge, von ihrer Bedeutung her vergleichbar mit der Reichskriegsflagge des Dritten Reiches, weht regelmäßig bei Veranstaltungen der Rechten und erscheint sporadisch an Gebäuden einiger Gemeindeverwaltungen; in den Haupteinkaufsstraßen liegt in Schaukästen das Angebot an Nazi-Devotionalien aus: Wie ist das Leben in einem von offenen und verdeckten Nazis regierten Land?

Im Sommer nach dem Wahlsieg der Rechten ist es still in den Straßen der Innenstadt von Budapest. Es ist heiß und viele der Budapesterinnen und Budapester aus der unteren Mittelklasse, die sich keinen Auslandsurlaub leisten können, haben die Stadt in Richtung ihrer nahegelegenen Land- und Sommerhäuser verlassen. Ungarns Fußballherren hatten sich bereits 2009 in der ersten Qualifikationsrunde verabschiedet, also kein Vuvuzuela-Trauergetröt, kein nervtötender Public-Viewing-Lärm, selten ein Hinweis auf das Angebot, in einer Kneipe die letzten Spiele auf dem Fernseher, der in einer dunklen Ecke hängt, anzusehen.

Auch Samstag, der 10. Juli ist so ein ruhiger Tag. Die Abschlussparade des „Budapest Pride Festivals“, in diesem Jahr mit etwa 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern (Jungle World 28/10), demonstriert zwar in absolut zentraler Lage, aber zusätzlich zu den ohnehin wie ausgestorbenen Straßen des sechsten und siebten Bezirks ist die Demonstrationsroute auch noch weitläufig durch zum Teil mehrfache Zaunketten und mit hohem Polizeiaufgebot abgesperrt. Der Zug befindet sich nicht nur aufgrund eines fehlenden Publikums in einem gesellschaftlichen Vakuum, sondern auch angesichts der

politischen Isolation, in der die LGBT-Initiativen und Aktivisten agieren. Es sei „verhalten und konservativ“ demonstriert worden, wird man später sagen (Jungle World 28/10), in Erinnerung wird manchen die Situation am Ende der Parade bleiben : Als antifaschistische Slogan aus der Menschenmenge gerufen werden, die, abgeschirmt vom Polizeikordon, bereits in die halbstündig gesperrte Metro-Station geleitet wird, versucht jemand in Ordnerweste beschwörend für Ruhe zu sorgen: „Please keep quiet, this is Hungary and we have to live here!“

Wer es nicht gewöhnt ist, sich selbst statt Nazis hinter einer Polizeikette zu sehen, denkt vielleicht: Ist doch ein Widerspruch, Aufmerksamkeit erreichen zu wollen, aber keinen „Stress“, wenn die öffentliche Wahrnehmung hier ohnehin keinen Unterschied macht.

Gerade weil es zunehmend politische Unterstützung aus dem Ausland gibt, ist man auf Seiten der Veranstalter und Veranstalterinnen besorgt, Übergriffe zu provozieren. Das diese so oder so stattfinden, kann allerdings nicht verhindert werden. Auch in diesem Jahr werden nach der Pride Leute in der Innenstadt zusammengeschlagen. Davon wird später nichts zu lesen sein, es könnte die Menschen abschrecken, beim nächsten Mal dabei zu sein.

„Nein, Budapest ist nicht Ungarn“, sagt hingegen Milan, Professor an einer der neun Budapester Universitäten, Sozialist und Mitte 60, „viel schlimmer noch“ sei es außerhalb von Budapest, auf dem Land. Gemeint ist damit „der Rest“ des Landes. Ungarn, das mal als eine Art „Paradies“ galt im Ostblock, in dem der Westen, von Osten aus gesehen, auch schon vor 1989 immer näher war als anderswo, und wo, von Westen aus betrachtet, der Osten gar nicht so trostlos schien. Es sei ein „besserer Platz“ in der sozialistischen Welt gewesen, es habe eigentlich an nichts gefehlt: „Wir konnten immer alles lesen, wir konnten reisen, das Essen war nie knapp“, erzählt Milan. Das in Anteilen marktwirtschaftlich funktionierende Wirtschaftsmodell mit Einzelstatus im Ostblock hielt - bis 1989. Eine vor allem ökonomische Verbesserung, wie sie in den meisten Nachbarländern herbeigeseht wurde, sei dem Großteil der Menschen gar nicht notwendig erschienen. Abseits von Systemfragen und -unterschieden war es vor allem der Tourismus, der, so wie heute auch, eine der Haupteinnahmequellen. So saß auch öfter das, was deutsch sprach, zusammen, sich im Grunde sicher: Hier wird eh nicht abgehört. Oder der, den's vielleicht interessieren könnte, was geredet wird, geht auch lieber segeln am Balaton, wandert im Bükk- oder im Mátra-Gebirge, oder besucht nicht zuletzt irgendeines der Dutzenden Heilbäder landesweit.

Ungerührt vom politischen Klima bleibt der Tourismus eine der Haupteinnahme-Quellen.

Die meisten der Gäste kommen noch immer aus dem Ausland, sagt der Inhaber einer größeren Reiseagentur. Er vermietet seine Wohnungen im Grunde nur an Deutsche und Franzosen, die politischen Veränderungen scheinen dies nicht zu beeinflussen.

Zwar hat auch die Tourismus-Romantik nie ohne Anleihen am Völkischen in der ungarischen Kultur funktioniert (z.B. die Reiterstammdynastien der Puszta), aber sie ist in den letzten Jahren rechtsaußen überholt worden. Nicht mehr der ländliche Frieden naturbelassener Gebiete, in denen Pferderennen und Forellenzucht betrieben werden und in denen Salami, Tokajer und Paprika regieren, bestimmt das Bild von Ungarn. Stattdessen versucht der Nationalismus der FIDESZ und der Jobbik, krudeste Ur-Mythen, in denen u.a. das gesamte Weltgeschehen als ständiger Kampf zwischen „Hell und Dunkel“ erscheint, wiederzubeleben.

Es sei dies ein radikaler völkischer Nationalismus, so Karl Pfeifer, der sich gegen eine Idee von „Urbanität“ stemmt, die mit „Liberalität“, „Zivilgesellschaft“ und vor allem Judentum verbunden wird (Jungle World 49/09). Kultur als ein Ausdruck von modernem Leben, als Austausch zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren und Milieus, ist darin nicht vorgesehen. Bizzarrerweise gelang es der zweitgrößten Stadt Pécs dennoch, den, wengleich zweifelhaften Titel „Kulturhauptstadt Europas 2010“ einzuheimen. Angesichts des sich daraus ergebenden Fiaskos

lässt sich allerdings originell illustrieren, wie sich die oben beschriebene Rückständigkeit mit der Macht der allgemeinen Korruption und der mafiösen Verstrickungen der politischen Parteien trifft. Während in Pécs gerade sämtliche Hauptverkehrsstraßen saniert werden, sind die Pläne für die im Rahmen der „Kulturhauptstadt“-Nominierung konzipierten Neubauten für Kunst- und Kultureinrichtungen abgesägt worden. Das eingeschränkte und abgespeckte Programm wird währenddessen in viel zu kleine Universitätsauditorien und in ein unabhängiges, alternatives Kunst- und Kulturzentrum verlegt. Letzteres musste zu diesem Zweck allerdings zunächst polizeilich geräumt werden. So offensichtlich, wie hier öffentliche Gelder umverteilt werden, ist es allerdings die Regel, die sich überdies auf gesetzliche Grundlagen stützt. Das beste Beispiel hierfür wiederum ist das aktuelle Parteienfinanzierungsgesetz. Dieses gestattet, dass sich Regierung, Ministerien, öffentliche Institutionen zwar eingeschränkt finanziell an Wahlkampagnen beteiligen dürfen, allerdings wird dieses Gesetz schlichtweg nicht eingehalten. Darüber hinaus gewähren die privaten Medien werbenden Parteien Rabatte. Das Anti-Korruptionsnetzwerk Transparency International schätzt, dass so bis zu 90 Prozent aller Gelder unkontrolliert

und potentiell illegal in die Wahlkassen fließen¹.

Wie, und vor allem seit wann, sich der tiefgreifendere ideologisch-politische Wandel in Ungarn vollzieht, darüber herrscht keine Einigkeit unter den Liberalen, den linken Intellektuellen, den Sozialisten im In- oder im Ausland. Darüber, wie man ihm beikommen könnte, herrscht vollkommenes Schweigen. Auch wenn im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im März dieses Jahres immer wieder von einer „Wende“ oder einer „Revolution“ die Rede ist, ist allen klar, dass der Siegeszug der Koalition aus ultrakonservativen und ultranationalistischen Kräften, zusammengehalten durch den Kitt von Antisemitismus, Antiziganismus, Homophobie und „Magyarentum“, nicht erst im Jahr 2010 begonnen hat. Er begann nicht 2006, als die nationalistischen Unruhen halfen, den Weg der Rechtspopulisten und Nazis ins Parlament zu ebnen, nicht 1989 und auch nicht 1956. Sowenig wie der deutsche hat auch der ungarische Nationalismus zu keinem genauer bestimmbareren Zeitpunkt jüngerer Datums „begonnen“, sondern hat seine Form immer wieder verändert. Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts büßten ihre Anschlussfähigkeit nie nennenswert ein, auch nicht in den Jahrzehnten, in denen Ungarn zumindest als Staat galt, der Nazi-Deutschland den Krieg erklärt hatte – dies allerdings nur in der befreiten Zone, die unter der Besetzung der Roten Armee stand. Unerwähnt blieben die 440.000 vernichteten ungarischen Juden und Jüdinnen und mehreren tausend vernichteten Roma² bis nach 1989.

Im Vordergrund kollektiver Erinnerungsprozesse behauptet sich hingegen der Aufstand von 1956.

In den Jahren nach Stalins Tod erhoben sich gesamtgesellschaftliche Forderungen nach Neutralität des Landes und nach Demokratisierung. Am Abend des 23. Oktober 1956 fiel, während sich vor dem staatlichen Rundfunksender eine kleine Menge vorwiegend aus Studenten versammelt hatte, um eine Erklärung zu verlesen, das größte sozialistische Denkmal Ungarns, die Stalin-Statue in Budapest, später begannen am Rundfunkgebäude Ausschreitungen, die mit Schüssen endeten. In den nächsten zwei Tagen wurde landesweit gestreikt, am 26. Oktober wurde der Generalstreik aber erst ausgerufen. Am selben Tag wechselte ein erster Teil der bis dahin zurückhaltenden Armee auf die Seite der

¹ Laut Gesetz dürfen die ungarischen Parteien in den Wahlkampagnen höchstens eine Million Forint pro Kandidat ausgeben. Das wären also 386 Mio. für ebenso viele Parlamentsabgeordnete. Demgegenüber betrugen die Ausgaben der Parteien für ihre jeweiligen Wahlkämpfe 2006 Schätzungen zufolge insgesamt weit über sieben Milliarden.

² Präziser kann es auch die Holocaustgedenkstätte Budapest nicht angeben. Auffindbare Zahlen schwanken zwischen 1000 und 5000 ermordeten ungarischen Roma.

Aufständischen. Nachdem Imre Nagy, Reformpolitiker der Sozialisten und zwischen 1953 und 1955 bereits um Demokratisierung bemühter Ministerpräsident, am 28. Oktober die Anerkennung des Aufstands als Revolution und eine neue Regierung bekannt gegeben hatte und am 1. November den Austritt aus dem Warschauer Pakt (Militärbündnis der Ostblock-Staaten) bekannt gab, nachdem am 30. Oktober die Aufständischen die Budapester Parteizentrale am Köztársaság Platz gestürmt und dort Dutzende von unbewaffneten Menschen gelyncht hatten, schritten die Sowjettruppen ein und begannen am 4. November mit der militärischen Niederschlagung der reformistischen Bewegung. Schon knapp fünf Jahre später habe sich die Stimmung allerdings wieder entspannt, erklärt Milan. Mit dem wachsenden Wohlstand, der keineswegs verpönten Konsumorientierung, den kleinen Freiheiten, dem berühmten „Gulaschkommunismus“, habe sich János Kádár, nach dem Aufstand eingesetzter Machthaber von 1956 bis 1988, innerhalb von nur wenigen Jahren beim Großteil der ungarischen Bevölkerung eine Art „Beruhigung“ erkaufte. Die meisten der am Aufstand Beteiligten, knapp 200.000 Menschen, waren in den Westen geflüchtet (40.000 kehrten in den ersten fünf Jahren darauf zurück), die Anklagen, Gerichtsverfahren und Hinrichtungen zu dem Zeitpunkt beendet. Ob der Aufstand verschwiegen wurde, die Erinnerung an die offiziell ca. 2.600 Toten unterdrückt worden, die Stimmung in den Jahren danach anti-sowjetisch gewesen sei? Nein. Es wurde nichts verschwiegen, aber es sei auch nichts „an die große Glocke gehängt“ worden, erzählt Milan. Die Präsenz der sowjetischen Armee habe man ohne größere Emotionen ertragen; die sowjetischen Soldaten waren streng kaserniert und erschienen fast nie auf die Straßen. Es sind schließlich nicht die Sowjets gewesen, die den Reformsozialisten Imre Nagy am 16. Juni 1958 hinrichteten. Verantwortlich für die späteren Anklagen und Hinrichtungen der reformorientierten Führungspersonlichkeiten der Kommunistischen Partei (Magyar Dolgozók Pártja - MDP) war der Teil der MDP, der nach der kurzen Zeit der Reformregierung ins Amt gebracht wurde, unter János Kádár. Hatte Kádár selbst zu Beginn des Aufstands noch im Kabinett der Reformer gesessen, wechselte er kurz darauf die Seite zu den Sowjets und schaffte es so zum späteren Parteichef, als der er u.a. Nagys Hinrichtung befahl.

Imre Nagy ist seit 1956 ein Held geblieben, vor allem für viele, die sich als Sozialisten in der Tradition der Reformkommunisten/Sozialdemokraten sehen.

Seit 1989 erklären ihn nun die Nationalisten und Rechtspopulisten zum Märtyrer im Kampf gegen die sowjetischen und kommunistischen Eroberer. Mit der erneuten Beisetzung von Nagys Leichnam am 16. Juni 1989 beginnt die Karriere Viktor Orbáns. Als der damals 28-

Jährige anlässlich dieser Feier eine wutentbrannte Rede gegen die versammelte Runde der anwesenden Vertreter der kommunistischen Partei richtet und den sofortigen Abzug der noch immer stationierten Sowjettruppen fordert, fliegen ihm die Herzen zu. Orbáns politischer Aufstieg ist steil, in weniger als 10 Jahren ist er jüngster Ministerpräsident Europas. Seine Partei, die FIDESZ, regiert zum ersten Mal ab 1998. Viktor Orbán ist schon früh mit Österreichs führendem Rechtspopulisten Jörg Haider verglichen worden, jetzt scheine er die Doppelrolle Berlusconi/Putin anzustreben, meint lakonisch Maria, ebenfalls an einer der Budapester Universitäten beschäftigte Wissenschaftlerin. Er vereinbare mit Machtgier, Größen- und Medienkontrollwahn, Rhetorik, Narzissmus und Gefährlichkeit für seine politischen und ideologischen Gegner, die Merkmale gleich beider Machtmänner. Orbán hat seit der Rede auf dem Budapester Hősök tere, dem „Heldenplatz“, deutlich mehr „Feinde Ungarns“ als nur die Kommunisten ausgemacht und bedient spätestens seit dem Beginn seiner ersten Regierungszeit 1998 das gesamte Repertoire rechtspopulistischer Feindbildern.

Antiziganistische Gewalt

Während sich die antisemitische Hetze der Nationalisten zwar kaum noch übertreffen lasse, ist es vor allem die unmittelbare Gewalt gegen Roma, die immer noch weiter ausufere, sagt Milan, selbst jüdischer Herkunft, geboren 1944 und als Säugling Überlebender der Monate der Pfeilkreuzlerherrschaft im Budapester Ghetto. Begünstigt würde die antiziganistische Ideologie durch die Zunahme einer „modernen Ghettoisierung“, die an einer großen Gruppe der Bevölkerung des Landes durchexerziert wird. In Ungarn, wie in vielen anderen osteuropäischen Ländern auch, bedeutet dies für große Teile der Roma räumliche und ökonomische Isolation, oft in heruntergekommenen Stadtvierteln, am Rand der Ortschaften. Im Dorf Tatárszentgyörgy, in dem in der Nacht vom 22. auf den 23. Februar 2009 ein 27-jähriger Mann und sein 5-jähriger Sohn bei der Flucht aus ihrem angezündeten Haus von den wartenden Brandstiftern erschossen wurden, machen Roma, laut Gregor Mayer³, zum Beispiel ein Viertel der Bevölkerung aus. Andernorts ist das Verhältnis ähnlich. Es ändert nichts daran, dass sich dort, wo sich für Jahrhunderte, wenngleich kein konfliktfreies, so doch zumindest ein gewaltfreies und akzeptierendes Miteinander hat etablieren können, häufig auf der Basis ökonomischer Verbindungen, nun die Vorstellung von den Roma als einer „den Ungarn feindlich gesinnten Minderheit“ verfestigt. Roma, die vor allem im ländlichen Bereich leben, werden

³ Mayer, Gregor/Odehnal, Bernhard: Aufmarsch. Die rechte Gefahr aus Osteuropa. 2010

auf diese Weise angreifbarer: seit dem November 2008 wurden neun Roma von Nazis ermordet, es gab ungezählte Brandanschläge, von Nazis durchgeführte „Umsiedlungen“, Aufmärsche der Ungarischen Garde und ihrer Nachfolgeorganisation in von Roma bewohnten Siedlungen, die permanente Androhung von Gewalt und „Ausrottung“.

In diesen gewalttätigen Methoden stimmen die ungarischen Nazis mit den Nazi-Organisationen in anderen osteuropäischen Ländern wie der „Odpor“ („Nationaler Widerstand“) in Tschechien, der „Slovenska pospolitost“ („Slowakische Gemeinschaft“) in der Slowakei oder der „Hrvatska Čista Stranka Prava“ („Kroatische Reine Partei des Rechts“) in Kroatien überein. Diese Einigkeit überbrückt neuerdings sogar den größten Konflikt zwischen ungarischen und slowakischen Nationalisten, der ehemalige ungarische Gebiete von vor 1920 betrifft. Zwei Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs wurde mit den Pariser Verträgen (unter anderem im Versailler Schloss „Grand Trianon“) die Neuordnung der geographischen Landschaft Europas beschlossen. Als Kriegsverlierer im Ersten Weltkrieg büßte das Ungarische Reich etwa zwei Drittel seines Gebiets ein. Am 4. Juni 1920 unterzeichnete Ungarn seinen Vertrag, ein Teil des Landes ging an die damalige Tschechoslowakei, heute Gebiet der Slowakei. Über alle nationalistischen Bänke hinweg beruft man sich seitdem auf das „Groß-Ungarn“ von vor 1920, dass durch die „Schmach von Trianon“ untergegangen sei und wiederauferstehen müsse. Mittlerweile allerdings fordert man von den slowakischen Nazi-Kollegen weniger das ehemalige Gebiet zurück, als dass man sich vielmehr im gemeinsamen Kampf gegen „die jüdische Lobby“ den Rücken stärken will, genauso wie gegen Homosexuelle, Roma und Kommunisten. Ansonsten hapert es bei den gemeinsamen ideologischen Grundlagen. Wie die tschechischen Nazis auch, orientieren sich die ungarischen im Auftreten und Organisationsstil an den deutschen „Autonomen Nationalisten“. Wo die tschechischen Nazis allerdings bereits starken Kontakt zur deutschen Nazi-Szene pflegen, die Aufmärsche in tschechischen Roma-Wohnvierteln mittlerweile mit Unterstützung „Autonomer Nationalisten“ stattfinden und auch verstärkt ideologische Versatzstücke deutscher Prägung in die tschechische Bewegung exportiert werden, haben die meisten der nationalistischen Bewegungen in u.a. Ungarn, Serbien, Kroatien, Polen und Bulgarien mit sich selbst bzw. ihren spezifischen Ideologien zu tun.

Falsch wäre es, bei diesen Schilderungen anzunehmen, dass die Gewalt gegen Homosexuelle, Roma, Juden und Jüdinnen nur von denjenigen der ungarischen Nazis ausgeht, die in der Presse als einige von wenigen Schlägern der Jobbik-Partei, als „grölende Glatzköpfe“ oder als eine „ländliche Erscheinung“ abgetan werden. Ob auf dem

Land oder in den größeren Orten, oft wird tatkräftige Unterstützung bei den Aufmärschen und den Angriffen geleistet, gewähren lässt man die Nazis bei allen Aktivitäten immer, die Grenzen sind fließend zwischen Ausführenden und Mitläufern. Das ideologische Zentrum dieser Gewalt liegt in der Hauptstadt, hier regieren FIDESZ und Jobbik, hier werden die parlamentarischen Brandreden gehalten, hier wurde auch das direkt unterhalb des Parlaments liegende Mahnmal am Ufer der Donau, das an die antisemitischen Pogrome in Ungarn im II. Weltkrieg erinnert, im Juni 2009 geschändet. Schweinefüße wurden in die Schuhe aus Metall gesteckt, mit denen der jüdischen Menschen gedacht werden soll, die hier im Winter 1944/45 von Pfeilkreuzlern zusammengetrieben und erschossen und in den Fluss getrieben wurden, nicht ohne, dass sie zuvor ihre Schuhe ausziehen mussten.

Die Ermordung der ungarischen Juden und Jüdinnen

Die Ermordung fast einer halben Million Juden und Jüdinnen und die Tausender ungarischer Roma ist es auch, die FIDESZ und Jobbik gern vollständig aus dem Erinnerungspolitischen Diskurs verdrängen wollen.

Doch gerade das „letzte Kapitel“ der Vernichtung der europäischen Juden, die in nur wenigen Wochen vollzogene Deportation der Hälfte der ungarischen Juden und die massive Vernichtung durch Zwangsarbeit ab 1944, versammelte deutsche Verfolgungserfahrung, den Vernichtungswillen der ungarischen Rechten und politische Erwägungen der ungarischen Regierung. Die zentrale Rolle spielte auf ungarischer Seite Miklós Horthy. Horthy war zwischen 1920 und 1944 als selbsternannter „Reichsverweser“, Staatsoberhaupt Ungarns, eines Königreichs ohne König. Abgesehen von den letzten sieben Monaten dieser Periode (19. März bis 15. Oktober 1944), die bereits zum Zeitraum der deutschen Besetzung Ungarns gehörten, war Horthy tatsächlicher Machthaber des Landes. Der Admiral hatte seinen „Posten“ im März 1920 angetreten. Kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte es nach der Zerschlagung der ungarischen Monarchie und der Aufteilung des Landes eine 133 Tage dauernde kommunistische Räterepublik unter Béla Kun gegeben, die sich bewaffnet gegen die territorialen Ansprüche der Entente und der Nachfolgestaaten der ehemals ungarischen Gebiete zur Wehr setzte. Als diese niedergedrungen war, schlug die Stunde des ehemaligen k.u.k. Admirals Horthy. Horthy ließ die kommunistischen Feinde der Monarchie vernichten, auch weil unter Kun, der selber Jude war, Regierungsstellen mit Juden besetzt waren, etablierte ein autoritäres, parlamentarisches System und erklärte sich selbst zum Oberhaupt dieses semipräsidentalen Staatskonstrukts, in Ermangelung eines „echten ungarischen Königs“.

Er erklärte die Juden für schuldig an der Niederlage Ungarns und noch vor den Nürnberger Rassegesetzen verabschiedete das ungarische Parlament ab 1920 diverse „Judengesetze“. Bis zur Besetzung Ungarns durch die Deutschen am 19. März 1944 konnten die 750.000 ungarischen Juden dennoch relativ sicher leben. Die ungarische Regierung ließ trotz des allgegenwärtigen Antisemitismus keinen ausschließlichen Vernichtungswillen erkennen.

Ungarn war als Verbündeter Deutschlands 1941 an der Seite Nazi-Deutschlands in den Krieg eingetreten und hatte sich am Überfall auf Jugoslawien und anschließend am Feldzug gegen die Sowjetunion beteiligt. Es bekam auf diesem Weg Gebiete von Hitler geschenkt und sollte sich daraufhin auch „engagierter“ an der „Endlösung der Judenfrage“ beteiligen. Horthy jedoch wollte den Forderungen der Deutschen nach der Deportation der ungarischen Juden nicht uneingeschränkt Folge leisten. Er bezog sich dabei auf die ebenfalls erfolgte Weigerung Mussolinis, die Juden Italiens und Juden, die sich in der italienisch besetzten Zone Südfrankreichs aufhielten, auszuliefern. 50.000 jüdische Männer wurden hingegen zur Zwangsarbeit unter deutschem Befehl übergeben, 40.000 von ihnen kehrten nicht zurück. Auch in der Frage der jüdischen Menschen ohne ungarische Staatsbürgerschaft aus den neugewonnenen Gebieten, wirkte Horthy bereitwillig an deren Vernichtung mit. Fast zwanzigtausend Menschen, vor allem polnische Flüchtlinge, wurden Anfang 1944 in die Vernichtungslager deportiert und in die von Deutschen besetzten Gebiete der Sowjetunion (Westukraine) verschleppt und dort erschossen.

Da die ungarische Zivilregierung von den Deutschen als nicht mehr vertrauenswürdig eingestuft wurde, rückten am 19. März 1944 die deutschen Truppen ein und setzten den Präsidenten Miklós Kállay ab. Horthy blieb im Amt und setzte den deutschenfreundlichen Döme Sztójay ein.

Mit den deutschen Truppen waren auch Adolf Eichmann und das „Sondereinsatzkommando Ungarn“ in Budapest eingetroffen, um die zügige Vernichtung der ungarischen Juden zu befehlen. Die antijüdischen Maßnahmen wurden unverzüglich in Gang gesetzt⁴.

Innerhalb von sieben Wochen deportierte Eichmann gemeinsam mit den ungarischen Behörden 438.000 Menschen nach Auschwitz, von denen 394.000 sofort vernichtet

⁴ u.a. zwangen die Deutschen die Juden dazu, in sogenannten Judenhäusern zusammenleben. Diese Art der Ghettoisierung bedeutete, dass die Menschen zu den Deportationen leichter zusammengetrieben werden konnten – die Häuser waren kenntlich gemacht und Ausgangssperren verhängt worden.

worden⁵. Trotz der Vehemenz, mit der dabei vorgegangen wurde, von der ungarischen Bevölkerung zum Teil geduldet, zum Teil ignoriert, zum Teil unterstützt, blieben noch etwa 250.000 Juden in Budapest.

Mindestens 80.000 von ihnen konnten langfristig gerettet werden. Allein im Budapester Ghetto überlebten zwischen 70.000 und 100.000 Menschen. Verantwortlich waren hier unter anderem konsularische Vertreter aus der Schweiz und Schweden, die entgegen ihren Befugnissen Pässe ausstellten, Visa verlängerten und Schutzhäuser einrichteten (das sogenannte Internationale Ghetto).

Horthy selbst versuchte schließlich, die Seite zu wechseln. Er wollte die Deportation der noch verbliebenen Budapester Juden und Jüdinnen zum eigenen Vorteil blockieren und versuchte nach der Landung der Alliierten in der Normandie einen Separatfrieden auszuhandeln. Als dieser Versuch scheiterte, hatten die Deutschen genug von Horthy, nahmen seinen Sohn als Geisel und zwangen ihn zum Rücktritt, sowie zur Machtübergabe an Ferenc Szálasi. Szálasi, der in den vorhergegangenen Jahren seine „Pfeilkreuzler“-Partei (bezogen auf das Parteisymbol mit vier sich kreuzenden Pfeilen) organisiert hatte, vollzog den letzten Vernichtungsschritt an allen Juden und Jüdinnen, derer er habhaft werden konnte. Unter seinem Regime wurden im Winter 1944/1945 noch einmal 76.000 jüdische Menschen in Vernichtungslager ausgeliefert oder in Massakern in Budapest direkt ermordet, so wie diejenigen Juden und Jüdinnen, die in die Donau getrieben oder an ihrem Ufer erschossen wurden.

Erinnerung und Geschichte machen

„Es gibt noch immer keinen zentralen Holocaust-Gedenktag in Ungarn“, berichtet Emil Lakatos, als ehemaliger kommunistischer Widerstandskämpfer Überlebender der Konzentrationslager Sachsenhausen und Neuengamme. Mittlerweile 90jährig, fährt er noch immer jedes Jahr Anfang Mai zu den Gedenkveranstaltungen in den KZ-Gedenkstätten, spricht dort als Zeitzeuge. In diesem Jahr sind es die Wahlen des Frühjahrs, die er als Anlass nimmt, über die aktuelle politische Situation in Ungarn zu sprechen. Veranstaltungen zur Erinnerung an die Ermordeten und Verfolgten zum Beispiel am 27. Januar oder am 8. Mai gäbe es, aber ohne Beteiligung seitens der Regierung.

Stattdessen eröffnete Orbán 2002 das mit Regierungsgeldern finanzierte „Terror Háza“, das „Haus des Terrors“, ein millionenteures Propaganda-Gruselkabinett und zentrale

⁵ In seinem Prozess sagte Eichmann aus: „Ohne die Ungarn wären die Deportationen nicht möglich gewesen.“

Gedenkstätte Ungarns, in dem zu 90 Prozent die kommunistische und zu 10 Prozent die faschistische Epoche behandelt wird. In Agitpropmanier wird hier vorbildlich totalitäre vergleichende Geschichtsschreibung betrieben und Ungarn als das Opfer deutscher Nazis, von Pfeilkreuzlern und der Kommunisten entworfen. Die vierundzwanzig Jahre des Horthy-Regimes werden genauso wenig erwähnt wie die von ihr mitverantwortete Vernichtung des Großteils der ungarischen Juden und Roma.

Erst auf anschließende Proteste und internationalen Druck hin ist die Budapester Holocaust-Gedenk- und Dokumentationsstätte geplant worden. Dafür wurde die ehemalige Synagoge im Ferencváros-Viertel umgebaut, eröffnet wurde das Dokumentationszentrum am 15. April 2004. Die Páva-Straße liegt abseits, die Gedenkstätte ist eng von hohen Mauern umgeben – so wenig zufällig diese Platzzuweisung und die abweisende Erscheinung sind, so einig ist sich darin die Kritik von verschiedenen Seiten. Die sehenswerte Ausstellung besuchen daher die meisten der ohnehin wenigen Besucherinnen und Besucher. Touristen und Touristinnen, die den Stadtkern nicht verlassen, sehen nehmen eher das Jüdische Museum der Großen Synagoge wahr, das eine Sammlung von religiösen Gegenständen aus Synagogen und jüdischen Gemeinden ganz Europas beherbergt. Ein Raum hat die Aufgabe der Erinnerung an den Holocaust, wenig beleuchtet sind hier einige wenige Schwarz-Weiß-Kopien von Bildern der Vernichtung eng an den Wänden gruppiert.

Die Große Budapester Synagoge (Dohány utcai zsinagóga) ist die größte Synagoge Europas. Sie lag an der Grenze des jüdischen Ghettos Budapests, das, umschlossen von Király utca, Nagyatádi Szabó utca, Dohány utca und Károly körút, nur ein halbes Dutzend Straßenzüge umfasste. Sie war zu Ghetto-Zeiten nicht nur geistliches Zentrum. In ihr lebten Tausende der etwa 32.000 Ghetto-Bewohner, in ihrem Innenhof wurden im Winter 1944/1945 etwa 4.000 Tote beigesetzt, heute der „Garten der Märtyrer“.

Jüdisches Museum, Holocaust-Dokumentationszentrum, das Mahnmal an der Donau und ein unauffälliges Mahnmal im flussnahen Grünstreifen von Ferencváros, das an die Ermordung der Roma erinnern soll, bleiben vor dem, was man als Erinnerungspolitik der Regierung Orbán bezeichnen muss, im Hintergrund. Neben der Selbstviktimsierung als Opfer totalitärer Gewalt ist es vor allem die Re-Inszenierung von völkischen Ur-Mythen, mit der sich die FIDESZ ihres Machtbereichs in der ungarischen Gesellschaft rückversichert. Sie knüpft dabei an die Idee einer „völkischen Homogenisierung“ an, wie sie bereits Miklós Horthy als Ideologie in den Bündnis-Jahren mit dem nationalsozialistischen Deutschland vertreten hat, als „ethnisch-biologistische Ideologie“

bezeichnet es Magdalena Marsovszky (Jungle World 16/10), die in den letzten Jahren immer wieder Kritik am ungarischen Mythos formuliert hat. Auch wenn es kaum vorstellbar scheint, dass Rückwärtsgewandtheit eine derartige Kraft entfalten kann – die Errichtung von Denkmälern, Umbenennungen und die bei Aufmärschen wehenden Streifen- und „Groß-Ungarn“-Fahnen nimmt zu. Die stärksten Motive sind die Árpád-Flagge, der „Wunderhirsch“, durch den sich die Ur-Ungarn erfunden haben wollen und der Turul, ein Sagenwesen, das den „magyarischen“ Stämmen den Weg ins Karpatenbecken gewiesen haben soll. Wie schon die Pfeilkreuzler zuvor stilisieren ihn die Nationalisten zum Kampfvogel, verquirlen die Geschichte mit einer Suppe aus Folklore und Brauchtum und mit dem Kult um den „Reichsverweser“ Horthy. Horthy dient als personelle Vorlage für die Selbstinszenierungen Viktor Orbáns. Dies lässt die Vermutung zu, dass sich auch Orbán als Oberhaupt einer semi-präsidentialen Demokratie etablieren will, die ihn zum unanfechtbaren Oberhaupt des ungarischen Staates macht, mit einem Aufgebot an Vasallen, die von dieser Konstellation profitieren werden, ohne dass das Wort Korruption überhaupt in den Mund genommen werden muss. Bereits in dieser ersten Regierungsperiode der FIDESZ von 1998 bis 2002 haben Orbán und seine Parteigänger angedeutet, dass sie mit allem Mitteln versuchen wollen, die Machtfrage zu stellen, bis hin zur Möglichkeit, die Verfassung ändern zu können.

Die „zivilen Bürgerkreise“, von Orbán gegen die 2002 angetretene sozialistische Regierung gegründete ortsgruppenartige Gebilde, die die außerparlamentarisch aktive Rechte Ungarns versammeln, waren in den acht Jahren in der Opposition Orbáns langer Arm in die ungarische Gesellschaft und erfüllen noch immer die Aufgabe der nationalistischer Basisarbeit.

Das neueste Produkt der Orbán-Regierung, die „Deklaration der nationalen Zusammenarbeit“, zehn platte pathetische Sätze, gerahmt vom königlichen Wappen und den Nationalfarben, die mit der Order der Zurschaustellung an alle öffentlichen Einrichtungen verteilt wurden und hundertfach an den Plakatwänden der Stadt kleben, sind die lobhudelnde Bestätigung in ihre Richtung und eine Kampfansage nach außen: „Hier ist Ungarn.“

Auch die Jobbik („Jobbik Magyarországért Mozgalom“, „Bewegung für ein besseres Ungarn“) ist ein Produkt dieser Zeit. Gegründet wurde sie 1999 als „Rechte Jugendgemeinschaft“ (Jobboldali Ifjúsági Közösség) unter Gábor Vona, der sie auch heute noch führt und der einen guten Teil der frühen Mitglieder über sein Amt in der Studierendenschaft der Budapester Eötvös-Universität rekrutierte. Dies geschah laut

seinen Aussagen vor allem durch die Verteilung von Freixemplaren der vom rechtsextremen Schriftsteller und Dramatiker István Csurka herausgegebene antisemitischen und „antikapitalistischen“ Zeitung „Magyar Fórum“ (Ungarisches Forum)⁶. Die Jobbik versammelte recht bald ein Sammelsurium vor allem junger Männer aus verschiedenen rechten Splittergruppen, Jugendsektionen der MIÉP (Ungarische Gerechtigkeits- und Lebenspartei), Hooligans und Skinheads. Sie wurde von der FIDESZ von Anfang an unterstützt, selbst wenn sich seit dem Wahlerfolg für das EU-Parlament im Juni 2009 erste, unter Machtparteien übliche Querelen, eingestellt haben.

Auch die Jobbik ist ein System. Ein System, in dem es auffälligere und unauffälligere Elemente gibt. Zu den bekannteren zählt der paramilitärisch auftretende Straßenkampftrupp der „Ungarischen Garde“, die, nachdem sie offiziell im Herbst 2009 verboten wurde unbehelligt marschiert und demonstriert. Neben den Angriffen auf die Budapest Pride mit Pflastersteinen und Molotowcocktails den Aufmärschen in Roma-Siedlungen wird auch schon mal vor der Deutschen Botschaft gegen die „Holocaust-Lüge“ krakeelt. Die Jobbik-eigene Gewerkschaft „Tettekész Magyar Rendőrség Szakszervezete“ („Tatbereit“) innerhalb der ungarischen Polizei kommt mittlerweile auf 8.000 Mitglieder und kann ein bislang juristisch nicht angefochtenes Kooperationsabkommen zur „Sicherheitsarbeit“ zwischen Gewerkschaft, sprich Polizeibeamten und der Partei vorweisen. Erst auf den zweiten Blick entpuppen sich diverse Volksfeste und Konzerte mit breitem Publikum in Budapest als weniger offensichtliche Veranstaltungen der Jobbik. Keinesfalls isoliert und unter Polizeischutz vergnügt man sich da, sondern inmitten der Hauptstadt mit zehntausenden Besucherinnen und Besuchern kommen. Neben den Nazi-Festen mit neoromantischem Bardentum und völkischem Gebrüll zu brachialem Sound erinnert auch die Situation in den Straßen Budapest an die frühen 1990er Jahre in Ostdeutschland. Vielleicht hat sie sich auch einfach nur nicht verändert. Der Omnipräsenz kurzgeschorener, breitschultriger Männer, deren aussagekräftigen Tätowierungen und T-Shirts keinen Zweifel an ihrer Überzeugung lassen, kann man nach wenigen Tagen nicht mehr ausweichen. Die Suche nach anderen politischen Aussagen beschränkt sich auf die Tageszeitungen „Népszabadság“ und „Népszava“, die Wochenzeitung „168 óra“, den Fernsehsender ATV und das Radio: Klubrádió. Die Mainstream-Medienformate sind fest in der Hand der Rechten, sie bestimmen den nationalistischen Diskurs. Es gibt einige Antifa-Blogs und einige wenige kritische Internetseiten, Orte, die sich explizit einen linksliberalen Anstrich geben, existieren nur wenige. Der Gödör-Klub ist einer von ihnen, ein Café in der

⁶ Siehe Mayer in „Aufmarsch“, S. 43

ehemaligen Baugrube des 2002 von Orbán gestoppten Nationaltheaterneubaus. Im TRAFÓ, einem alternativen Kunstzentrum in der Liliom-Straße und im Tűzraktér in der Hegedű-Straße finden gelegentlich politische Veranstaltungen statt, eher als inhaltlicher Export anderer Ländern.

Es scheint, als habe die „Magyarisierung“ und die Hetze auf jede geäußerte oder zugeschriebene Gegenposition, sowohl die Öffentlichkeit als auch die Institutionen innerhalb kürzester Zeit komplett erobert. Die „offene Verachtung für demokratische Institutionen und Verfahren“⁷, die Viktor Orbáns Politik kennzeichnen, trifft sich dabei mit einer weitverbreiteten Abneigung gegen Politik, vor allem gegen eine sozialistische oder sozialdemokratische und mit, sich aus dem Frust der Wirtschaftskrise speisende Angst vor sozialem Abstieg. Damit entsteht ein kalkulierbares Potential für den Anstieg von Vorurteilen und Gewalt, die verschiedene Gesichter haben.

Als Grund wird häufig die sogenannte „Lügenrede“ des ehemaligen sozialistischen Premiers, Ferenc Gyurcsány, angeführt, die er am 26. Mai 2006 an einer geschlossenen Fraktionssitzung der damals regierenden sozialistischen Partei MSZP in Balatonőszöd gehalten wurde, und am 17. September 2006 als Mitschnitt bislang ungeklärter Herkunft dem Ungarischen Radio zugespielt wurde und über den Äther gegangen war. Der ehemalige Vorsitzende der MSZP hatte sich in vulgärer Manier vor seinen Parteigenossen darüber geäußert, dass seine Partei „von morgens bis abends gelogen“ habe, um die Wahlen zu gewinnen und versucht, auf diesem Weg zu einer Rehabilitierung und einer neuen Ehrlichkeit aufzurufen. Zu spät. Die spontanen Proteste waren bereits ausgelöst und damit in kürzester Zeit das Podium für die geifernden Reden der Ultranationalisten jeder Couleur geschaffen. Eine Eskalation, ein Aufeinanderprallen politischer Positionen hat es nicht gegeben, die Machtübernahme war nur zu leicht.

Die ungarische Zivilgesellschaft stecke noch in den Kinderschuhen, erklärt Nicola, die einen der ungarischen Antifa-Blogs mit betreut. Zum einen bleibe jegliches demokratische Engagement ohne politischen Einfluss und zum anderen müsse die Hoffnung in eine „Zivilgesellschaft“ erst grundlegend aufgebaut werden. Es gibt kaum Bündnisse, kein Vertrauen in Parteipolitik, aber auch in jegliche linke Positionen nicht mehr: Die Sozialisten? Verräter! Antifaschismus? Definieren viele der „Selbsternannten Antifaschisten“ immer noch nach der Dimitroff-Formel und die Jobbik somit als Import von Akteuren eines nicht näher definierten Finanzkapitals (Karl Pfeifer in Hinterland Nr. 14). „Können wir überhaupt von einer Linken in Ungarn sprechen?“ fragt Milan. Links sei doch

⁷ Ebd. S. 34

ohnehin nur noch ein Schimpfwort, man könne froh sein als liberal-sozialistisch oder sozialistisch-liberal durchzugehen.

Gerade die ideologische und argumentative Nähe von großen Teilen der politischen Kreise, die als Gegner von FIDESZ und Jobbik auftreten und den Nationalisten selbst, ließ bislang keine Entwicklung emanzipatorischer Ansätze zu. Dennoch will man nun versuchen, „demokratische Basisgruppen“ zu bilden, zu verstehen durchaus als Gegenentwurf zu den nationalistischen Bürgerkreisen Orbáns. Es sei unglaublich schwierig und deprimierend, so fragmentiert zu sein, sagt Milan. Die alternativen Kräfte laufen der Entwicklung hinterher. Das rechtsextreme Internetportal *kurucinfo* hat 130.000 Besuche am Tag. Auch wenn „Jobbik? Nem!“ (Jobbik? Nein!) hier und da im Straßenbild erscheint und es Gegendemonstrationen anlässlich von Jobbik-Kundgebungen gibt, oft sind die Gruppen, die diesen Protest tragen, zahlenmäßig kaum auszumachen. „Einmal waren es vielleicht 80 Menschen und selbst da wurden zwei große Ungarn-Flaggen geschwungen“, schildert Christian, der für ein halbes Jahr an der Corvinus-Universität ein Auslandssemester absolviert, seinen Eindruck. Studentischer Protest? Nirgends, die Gemeinschaft der Studierenden ist fest in den Händen der Nationalisten. Wenn überhaupt, so müsse man sich das vorstellen, kann man linken und rechten Nationalismus noch in den ersten vier Sätzen, die man wechselt, von einander zu unterscheiden, dann erfolge in der Regel der Sprung in die antisemitische und antiziganistische Fahrinne und kläre den Standpunkt des Gegenübers. Jobbik rekrutiert seine neuen Mitglieder nach wie vor bevorzugt unter Studenten. Ihr Führungskern besteht aus Universitätsangehörigen und Intellektuellen. So wächst auch der Druck auf die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer, die sich noch mit dem Inhalt ihrer Lehrveranstaltungen gegen den Trend der nationalistischen, antisemitischen, homophoben und antiziganistischen Radikalisierung an den Universitäten stellen könnten.

Eine Analyse der sich als links/linksliberal verstehenden Kräfte ist, dass die Radikalisierung einer ganzen Gesellschaft als Ausdruck eines gesellschaftlichen Wunsches nach „Ordnung“ und „Führung“ zu verstehen sei. „Aber wir sind auch Ungarn“, sagt Maria. „Wir brauchen Unterstützung“, sagt Milan, „und wenn es die EU ist.“ Manche beginnen sich zu fragen, ob sie bald das Land verlassen müssen, ein wenig beneidet man schon diejenigen, die es geschafft haben, mit einem Arbeitsplatz außerhalb Ungarns das Land zu verlassen. Aber das wird das einzige sein, was die EU „für Ungarn“ tun wird – Experten abwerben oder billige Arbeitskräfte. Als Rettungsanker, um sich von der völkisch-

ideologischen Verdummung und der damit einhergehenden Gewalt zu befreien, wird sich das Projekt, dass einen Teil der Verantwortung dafür trägt, dass in weiten Teilen des Ostblocks nationalistische Bewegungen erst an die Oberfläche gespült wurden, wo sie jetzt gemeinsam den Anti-Globalisierungs-Kanon singen, nicht hergeben.

Mehrsprachiger Antifa-Blog Ungarn: <http://www.antifa-hungary.blogspot.com/>

deutsch-englischsprachige Seite der Antifaschistischen Liga Ungarns: <http://m-a-l.hu>

Ungarischsprachige Antifa-Seite: <http://www.antifasiszta.hu>

Seite der Budapester Holocaust-Gedenkstätte: <http://www.hdke.hu/>

Antifa- und kritische Internetseiten/Blogs (ungarisch):

<http://www.galamus.hu/>

<http://www.antisemitizmus.hu/>

<http://www.antirasszista.eoldal.hu/>

<http://www.hetek.hu/>

<http://m-a-l.hu/>

<http://antifa-hungary.blogspot.com/>

<http://www.andrasew.blogspot.com/>

<http://www.fenytmost.blogspot.com/>

<http://holtvolt.blogspot.com/>